

Eine neue Wetterfront - Neue Akteure bringen Bewegung in das Feld gesellschaftlicher Naturverhältnisse

von Alexis Passadakis, Mitglied im KoKreis von Attac und aktiv bei gegenstromberlin.net

Bereits in den 80er und den 90er Jahren gab es Phasen medialer Hypes um das Thema Klimakrise. Seit etwa der Mitte des letzten Jahrzehnts – seit der Flutung großer Teile New Orleans - jedoch verschwindet das Thema nicht mehr aus den Schlagzeilen. Dies ist Ausdruck eines tiefgreifenden Verschiebung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse:

die Konflikte um Energie und die Folgen der Klimakrise werden sichtbarer. Verknüpft damit entstehen neue „grüne Märkte“, von energie-effizienten Motoren bis zu Agrosprit und Emissionszertifikaten, die neue Profitquellen erschließen. Auf diese Konstellation haben soziale Bewegungen mit der Bildung neuer Akteure und neuer Konzepte reagiert. Der politische Prozess und die Mobilisierung hin zu dem spektakulär kollabierten Klimagipfel in Kopenhagen haben diese Prozesse katalysiert.

Neben einer „Road Map“, wie es im internationalen Diplomaten-Englisch heißt, gebar die Klimakonferenz im Jahre 2007 in Bali noch weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit einen neuen Akteur: Eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen und VertreterInnen sozialer Bewegungen initiierte eine Spaltung des zivilgesellschaftlichen Feldes. Das bisherige de facto Monopol des /Climate Action Network /(CAN, www.climatenetwork.org) auf die Vernetzung der international aktiven klimapolitischen Umweltszene bei den UN-Verhandlungsprozessen wurde von der neu gegründeten Struktur /Climate Justice Now! /(CJN!, www.climate-justice-now.org) unterlaufen. Unterschiede bei Forderungen und Politikverständnis unter der Vielzahl von NGOs und sozialen Bewegungen wurden somit erstmals in Form eines neuen Netzwerks auf dem Terrain der internationalen Klimapolitik sichtbar. Ganz ohne bissige Kritik verlief das Schisma nicht: „The Climate Action Network or CAN increasingly becomes a rest-stop for NGO-reps en route to climate market finance and consulting jobs“, polemisierte ein Blogger während des Bali-Gipfels.

Die Spaltung kam nicht von ungefähr. Im Jahr 1989 hatten sich umwelt- und entwicklungspolitische NGOs, die mit Beobachterstatus den UN-Klimaverhandlungen akkreditiert waren, zum /Climate Action Network /zusammen geschlossen, um ihr Gewicht in den Gesprächen erhöhen. Zentrale Player im CAN sind zum Beispiel US-amerikanische /Sierra Club und /transnationale NGOs wie der WWF und Greenpeace. Der Großteil der dort versammelten Organisationen unterstützt den offiziellen Verhandlungsmarathon, sieht das Kyoto-Protokoll als alternativloses internationales Vertragswerk an und in den marktbasieren Instrumenten (Emissionshandel, Clean Development Mechanism, Joint Implementation) wichtige Bausteine zum Klimaschutz. Expertise und Lobbying sind die Hauptaktivität dieses Netzwerks. Bereits seit Langem hatten insbesondere Süd-NGOs innerhalb des CAN Fragen von sozialer Gerechtigkeit wesentlich stärker betont als die großen NGO-Tanker aus dem Norden, die sich und das Netzwerk vor allem umweltpolitisch positionierten. Eine kritische Begleitung der Verhandlungen aber reichte vielen NGOs und sozialen Bewegungen aus dem Süden nicht mehr aus. Verantwortlich dafür waren mehrere Gründe: erstens die Folgen der Klimakatastrophe wurden in den vergangenen Jahren im Süden immer gravierender, so dass der Handlungsdruck steigt; zweitens die herrschende Bearbeitung des Klimawandels durch die Implementierung des Kyoto-Protokolls, insbesondere der Clean Development Mechanism (CDM), die seinerseits soziale Verwerfungen erzeugt; und drittens der neue Verhandlungsprozess seit Bali um die zweite Implementierungsphase des Kyoto-Protokolls, der zusätzliche Bürden für den Süden zu bringen droht, andererseits aber auch Interventionsmöglichkeiten bot. Zudem setzte aber auch die Stagnation verschiedener bilateraler und multilateraler Freihandelsvertragsverhandlungen wie die

der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) Kapazitäten bei einigen Organisationen frei, um sich neuen, bis dato außer Acht gelassenen Politikfeldern zu widmen.

So wurden unter anderem die asiatische NGO Focus on the Global South (www.ocusweb.org) und der globale Kleinbauerverband Via Campesina (<http://viacampesina.org>), den Walden Bello emphatisch Ausdruck des Entstehens einer ersten „Klasse für sich“ in der Globalisierungsära bezeichnete, zu treibenden Kräften von Climate Justice Now!. Daher ist die Überschneidung der Mitgliedschaft der CJN!-Koalition dem globalen Anti-Freihandelsnetzwerks OurWorld Is Not for Sale (OWINFS, www.ourworldisnotforsale.org) groß. Dieses spielte eine wichtige Rolle bei der Vernetzung der Kämpfe gegen die WTO und ging aus der Protestbewegung gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) der OECD in den Jahren 1997/98 hervor. Formen der Bündnisarbeit und Inhalte der globalisierungskritischen Phase der globalen sozialen Bewegungen wurden somit auf das klimapolitische Terrain übertragen und dieses somit mit den Kämpfen gegen die neoliberale Globalisierung verknüpft.

Mit Climate Justice Now! beginnt sich eine bisher hier und da vereinzelt am UNFCCC-Prozess und am Kyoto-Protokoll und liberaler Umweltpolitik generell geäußerte Kritik zu einer programmatischen Alternative zu verdichten, die zudem von einer breiten sozialen Basis vor allem im Süden getragen wird. Zu dieser gehören insbesondere auch indigene Gruppen. Deren zunehmende Vernetzung und politische Organisation wurde beim WSF in Belém in Amazonien mit seinem Fokus auf die globale Biokrise (d.h. der Komplex aus Klimakatastrophe, Verlust von Biodiversität, Erosion fruchtbarer Böden etc.) demonstrativ sichtbar. Sie sind auch deshalb von Bedeutung, weil die von indigenen sozialen Bewegungen getragene bolivianische Regierung auf staatlicher Ebene Positionen artikuliert, die mit denen von CJN! bei vielen Punkten korrespondieren. Um indigene Positionen und die außenpolitischen Spielräume der bolivianischen Regierung bei sozial-ökologischen Fragen zu stärken hat Evo Morales für Ende April zu einer internationalen Konferenz sozialer Bewegungen über den Klimawandel geladen (<http://cmpcc.org/2010/01/08/afruf/>). Diese Konferenz hat das Potential soetwas wie das Weltsozialforum der Klimagerechtigkeitsbewegung zu werden und entsprechende Impulse zu setzen.

Zeitgleich zu den zuvor skizzierten Prozessen transnationalen Vernetzung von NGOs entstand in Europa ausgehend von Großbritannien die Klimacamp-Bewegung (<http://climatecamp.org.uk>) mit seinen inzwischen zahlreichen internationalen Ablegern zunächst in den angel-sächsischen Ländern und dann in Nord- und Westeuropa. In der Bundesrepublik fand im Jahre 2008 ein Klima-Camp statt, welches Aktionen gegen den Neubau eines Kohlekraftwerks unter dem schwarz-grünen Senat in Hamburg startete.

Diese Netzwerk spielten eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung zu Aktionen zivilen Ungehorsams beim Kopenhagen-Gipfel. Insgesamt haben sie (außer in GB) bisher keine mit der Anti-Atombewegung vergleichbare strategische Tiefe. Das gilt bisher auch für das Klima!Bewegungsnetzwerk in der BRD welches bisher vor allem aus Gruppen aus Berlin, Hamburg und Bremen besteht.

Mit der Mobilisierung kritischer NGOs und sozialer Bewegungen zu dem Gipfel in der dänischen Hauptstadt zeigte sich bei dem Gegengipfel Klimaforum zusätzlich ein Potential vielfältiger Organisationen aus Nord und Süd, die für eine ganz andere Klimapolitik eintreten, die die soziale Frage eng mit der ökologischen verknüpft. Insofern war der Gipfel in Dänemark nicht nur für den offiziellen Verhandlungsprozess ein Bruch- und Wendepunkt, sondern auch für soziale Bewegungen. Zwar gelang es nicht das Feld internationaler Klimapolitik so politisiert, wie es das neoliberale Regime von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB) und später WTO durch die Proteste in Seattle im Jahr 1999 wurde.

Aber das Feld gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist nun auch aus emanzipatorischer Sicht nach den Jahren der neoliberalen Starre des Nachhaltigkeitsdiskurses in Bewegung geraten. Es gibt zunehmend

einen Resonanzboden dafür Umwelt- und Klimapolitik durch die Linse antagonistischer Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen zu sehen und dementsprechend zu organisieren, statt in der kosmopolitischen Falle eines angenommenen globalen, letztlich vorpolitischen Allgemeininteresses bei der Bewältigung des Klimawandels zu stecken wie viele der etablierten Umweltverbände.